

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 172 (2006)
Heft: 2

Artikel: Der sicherheitspolitische Dialog
Autor: Haering, Barbara / Rutschmann, Hans / Hutter, Markus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-70345>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der sicherheitspolitische Dialog

Im Jahr 2005 haben verschiedene Organisationen Positionspapiere zur Weiterentwicklung der Schweizer Armee verfasst. Zielsetzung war, den sicherheitspolitischen Dialog anzuregen. Die ASMZ hat die federführenden Persönlichkeiten gefragt, was sie mit ihrer Intervention bewegt oder angeregt haben. Louis Geiger

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP)

Nationalrätin Barbara Haering, Präsidentin der SiK NR

Die friedens- und Sicherheitspolitik der SP Schweiz stellt die Sicherheit von Zivilpersonen in Gewaltkonflikten sowie ein verstärktes Engagement der Schweiz im Rahmen der Staatengemeinschaft ins Zentrum. Das militärpolitische Konzeptpapier, das die SP Schweiz im Mai 2005 publizierte, formuliert demnach für die Schweizer Armee einen risikobasierten Auftrag mit folgenden Schwerpunkten:

- Beteiligung an friedensunterstützenden Einsätzen der Staatengemeinschaft,
- Beiträge zur Erhaltung der staatlichen Souveränität der demokratischen Schweiz am Boden und in der Luft unter Einbezug einer Vorwarnzeit von zehn Jahren für einen traditionellen militärischen Angriff auf die Schweiz,
- Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen,
- Subsidiäre humanitäre Nothilfe und Katastropheneinsätze.

Das Ausrichten der Schweizer Armee auf tatsächliche Risiken und die sich daraus ergebende markante Reduktion der Truppen auf weniger als 10 000 Angehörige der Armee mit erhöhter Bereitschaft und weiteren 40 000 Soldatinnen und Soldaten mit verminderter Bereitschaft hat gleichzeitig die Forderung nach einem Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht zur Folge, da sich diese moralisch nur rechtfertigen lässt, wenn höchste Gefahr abgewendet werden muss und weil zudem bei so kleinen Beständen die Wehrgerechtigkeit nicht mehr gewährleistet werden kann. Als neues Wehrdienstmodell fordert die SP Schweiz eine Armee, die sich aus einem Kern professioneller Berufs- und ZeitsoldatInnen sowie einer freiwilligen Miliz zusammensetzt.

Vor dem Hintergrund dieser SP-Positionen möchte ich die friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre wie folgt skizzieren:

1. Paradigmenwechsel. Sicherheitsfragen überschreiten heute Landesgrenzen und Sachbereiche und können nicht mehr im nationalen Kontext und mit nationaler Perspektive gelöst werden. Die Herausforderung, die sich unseren Ländern stellt, ist, Sicherheit im umfassenden Sinne für möglichst viele Menschen auf der Welt zu garantieren. Militärpolitik wird damit zunehmend zur umfassenden Sicherheitspolitik, welche den Schutz vor Gewalt verbindet mit nachhaltiger Entwicklung und mit der Förderung der universellen Menschenrechte und des Völkerrechts. Armeen sind immer weniger Instrumente nationaler Verteidigung, sondern werden zunehmend zu Sicherheitsinstrumenten einer multilateral gefassten Friedens- und Sicherheitspolitik.

2. Zunehmender Bedarf für kollektive und menschliche Sicherheit. In Zukunft werden die Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, und dies auch an nicht-staatliche Akteure, sowie zerfallende Staaten die bedeutendsten Sicherheitsrisiken darstellen. Die Staatengemeinschaft muss die Verantwortung für den Schutz der davon betroffenen Zivilbevölkerung übernehmen und sich für regionale und globale Stabilität engagieren. Diese neue Verantwortung für den Schutz der Zivilbevölkerung muss als zusätzliche Norm des Völkerrechts verstanden werden. Der Bedarf an Kapazitäten für friedensunterstützende Missionen der Staatengemeinschaft wird somit in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

3. Hausaufgaben für die Friedens- und Sicherheitspolitik:

- Der Ausbau unserer Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% wird dringlich, denn das Erreichen der UN-Millennium-Goals ist auch in unserem Interesse.
- Gleichzeitig gilt es, den Einsatz der Schweiz für friedensunterstützende Missionen der Staatengemeinschaft zu verstärken. Dabei soll der Beitritt der Schweiz zur Multinational Stand-by Force High

Readiness Brigade for UN-Operations (SHIRBRIG) in Betracht gezogen werden, um der spezifischen Nachfrage der UNO nach schnell verfügbaren Truppen besser entsprechen zu können.

■ Eine umfassende Strategie für Friedens- und Sicherheitsengagements der Schweiz muss die Nahtstelle zwischen zivilen und militärischen Einsätzen optimal gestalten. Im Zentrum stehen zivile Einsätze der Friedensförderung; Truppeneinsätze müssen darauf ausgerichtet werden.

■ Eine weitere und markante Reduktion der Bereitschaft zur Landesverteidigung steht an. Dieser Abbau wird verbunden werden müssen mit dem Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht und einem Ausbau des Zivildienstes zu einem freiwilligen Zivildienst.

Friedenspolitik und Friedensarbeit sind zwar langwierig und schwierig, aber sie können erfolgreich sein. Wir sind die erste Generation, die über die technischen und finanziellen Ressourcen verfügt, um die globalen Herausforderungen einer friedvolleren und nachhaltigeren Welt zu meistern.

Schweizerische Volkspartei (SVP)

Nationalrat Hans Rutschmann

Die SVP will eine starke, glaubwürdige Armee

An ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 16. Oktober 2004 in Schaffhausen diskutierte die SVP ihr Grundlagenpapier «Für eine bedrohungsgerechte Milizarmee» und verabschiedete dazu sechs Grundsätze. So bekannten wir uns u. a. zur bewaffneten Neutralität, zur Milizarmee und zur Ausbildungsverantwortung der Milizkader. Weiter wurde eine Ausrichtung der Armee auf aktuelle Bedrohungslagen, eine wirklichkeitsnahe Umsetzung des Verteidigungsauftrages und insbesondere die Schulung der Armeeverbände mit komplexen Übungen aufgrund wirklichkeitsnaher, aktueller Szenarien gefordert. Demgegenüber wandten wir uns entschieden gegen die sicherheitsgefährdeten internationalen Kooperationen sowie den Einsatz von Zeitmilitär und Durchdienern. Ziel war es, die Mängel der AXXI zu beheben und die Armee Schritt für Schritt zu einem funktionierenden Sicherheitsinstrument zu machen. Eine weitere Reform, so war man der Ansicht, würde die Armee nicht überleben. Mit seinen Entscheiden vom 11. Mai 2005 zur weiteren Entwicklung der Armee hat der Bundesrat diesen Schritt jedoch getan. Aus diesem Grunde sah sich die SVP veranlasst, ihr Papier zu überarbeiten und politisch tätig zu werden.

Was hat die SVP unternommen?

Zur Durchsetzung unserer Ziele hat die SVP im eidgenössischen Parlament eine ganze Reihe von Vorstössen eingereicht. So u. a. bezüglich des Auslandengagements, der Überarbeitung des Sicherheitspolitischen Berichtes, einer Gefährdungsanalyse und der Katastrophenhilfe. In der vergangenen Wintersession forderten wir u. a. mit Motionen eine gesetzliche Grundlage für das Aufwuchskonzept, eine Änderung des Ausbildungskonzeptes, und die Entlastung der Milizarmee von Polizeiaufgaben. Selbstverständlich bringt die SVP diese Anliegen auch in den parlamentarischen und parteiinternen Gremien ein.

Was hat die SVP erreicht?

Die SVP ist wahrscheinlich diejenige Bundesratspartei, welche sich am intensivsten für eine starke, glaubwürdige Armee einsetzt. Umgekehrt haben wir die Armee XXI seit Beginn kritisch begleitet und uns auch als Erste getraut, auf die offensichtlichen Mängel in der Armee hinzuweisen. Für diese Haltung wurden wir denn auch kritisiert. In der Zwischenzeit aber haben sich verschiedene Organisationen aus Armeekreisen unserer Haltung weitgehend angeschlossen. Dadurch wurde eine breite Diskussion über den Zustand und die Weiterentwicklung der Armee ausgelöst, was sehr zu begrüssen ist.

Sodann können wir feststellen, dass in der Armee im Blick auf die wahrscheinlichsten terroristischen Bedrohungen mit Übungen begonnen wird. Dies vorerst vor allem auf der Ebene von Stabsübungen. Diese sind auf die Mannschaft und auf Teile der Bevölkerung auszuweiten. Erfreulicherweise ist auch in die Angelegenheit der ständigen subsidiären Einsätze der Armee, vor allem den Botschaftsbewachungen, Bewegung gekommen: Diese Einsätze sind in der heutigen Lage ganz klar keine Armeeaufgaben.

Die Armee braucht auch in Zukunft Mehrheiten

Für die Erfüllung des Verteidigungsauftrages und dessen Finanzierung braucht die Armee eine Mehrheit in Parlament und Volk. Die SVP sorgt sich jedoch darüber, ob mit der geplanten Weiterentwicklung der Armee die Verankerung im Volk noch gewährleistet ist. Die Zahl der Schweizerinnen und Schweizer, die in der Armee das Hauptinstrument zur Gewährleistung der Sicherheit von Land und Volk erblicken, geht in alarmierendem Ausmass zurück. Für diese Entwicklung sind weitgehend der gegenwärtig feststellbare ungelentke Reformeifer und der ungebrochene Drang ins Ausland verantwortlich. Hier will die SVP ganz klar Gegensteuer geben.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)

Nationalrat Markus Hutter

Meine Motion «Bericht zur Sicherheitspolitik» lehnt der Bundesrat kategorisch ab, weil er der Ansicht ist, es brauche keinen sicherheitspolitischen Bericht, die inhaltlichen Anliegen der Motion seien erfüllt, eine Änderung «dränge sich nicht auf» und die bisherige Aufgabenteilung zwischen dem Bundesrat und den eidgenössischen Räten im Bereich der Sicherheitspolitik hätte sich bewährt.

Man reibt sich die Augen: Fast gleichzeitig mit der knappen, äusserst mühsamen Genehmigung des Rüstungsprogrammes lässt der Bundesrat verlauten «Alles in bester Ordnung, kein Handlungsbedarf» und übersieht, dass er mit seiner Politik einer gefährlichen Erosion der noch verbleibenden armeefreundlichen Kreise Vor-schub leistet.

Die Parlamentariergruppe «Schutz und Sicherheit» wird in der kommenden Frühlingssession erstmals tagen und sich mit Themen der inneren Sicherheit befassen. Hier bewegt sich tatsächlich etwas.

Militärdirektorenkonferenz (MZDK)

Regierungsrat Ernst Hasler, AG

Wir sind der Auffassung, dass die Position der Kantone in der Meinungsbildung zur Zukunft der Armee weiterhin ein hohes Gewicht haben muss. In dieser Hinsicht haben wir mit unserem Positionspapier einiges erreicht. Ganz zentral ist, dass die MZDK eine repräsentative Haltung formulieren konnte. An der Ausarbeitung waren ausnahmslos alle Kantone beteiligt. Diese breit abgestützte Meinungsäusserung konnten wir dem Chef VBS am 29. September 2005 persönlich darlegen. Wir knüpften daran u. a. die Erwartung, dass unsere Anliegen, vor allem im Bereich Innere Sicherheit (Erlass eines verbindlichen Konzepts, Verzicht auf den Einsatz von ordentlichen WK-Truppen für Alltagseinsätze wie Botschaftsbewachungen und bei der Verstärkung GWK) sowie der Forderung nach einem militärisch wie auch politisch abgestützten, glaubwürdigen Aufwuchskonzept als Grundlage für die Verteidigungskapazität in die Überlegungen des Bundes einfließen werden. In diesem Gespräch teilte der Vorsteher VBS weitgehend unsere Auffassung bezüglich Innere Sicherheit und Aufwuchskonzept.

Wir haben wichtige ausserdienstliche Organisationen (Pro Militia, Verein für Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft, Schweizerische Offiziersgesellschaft, Aargauische Offiziersgesellschaft, Schweizerischer Unteroffiziersverband) an einen Tisch gebracht mit dem Ziel, eine gemeinsame Plattform zu schaffen. Die Diskussion über deren Inhalt sind bei Niederschrift dieser Zeilen noch im Gange. Bereits nach der ersten Diskussionsrunde zeigte sich, dass es in sehr vielen Punkten grosse Übereinstimmungen gibt.

PRO MILITIA

alt Nationalrat Jean-Pierre Bonny, FDP, Präsident

Eine Antwort fällt schon deshalb schwer, weil man im Nebel des VBS relativ hilflos herumtapt. Es gibt Widersprüche; es fehlt an Transparenz. Ein Beispiel? Da publiziert der Bundesrat am 23. November 2005 eine Änderung der Verordnung über die Organisation der Armee. Darin steht nur, dass der Anhang der Verordnung gemäss Beilage geändert wird und am 1. Januar 2006 in Kraft tritt (Ziff. 5 lit Q am 1. Februar 2006). Der Anhang wird aber in der Allgemeinen Sammlung **nicht** veröffentlicht und ist auch auf Nachfrage nicht erhältlich. Das ist Transparenz à la VBS!

Trotz grosser Bemühungen verschiedener Seiten, die auf die Schwachstellen der Revision 08/11 hinweisen, hat man den Eindruck, dass der mächtige Planungsapparat von Div Baumann munter und unbeirrt weiterdreht. So bleibt die für das Gelingen der Umsetzung dringend erforderliche öffentliche Diskussion blosses Stückwerk. Schade!

Es gibt auch einige wenige Lichtblicke. So hat man das Gefühl, dass man sich im VBS mit dem durch eine Intervention der «Pro Militia» im Frühsommer 2005 aufgezeigten Fehlen einer Konzeption für den Aufwuchskern – eigentlich ein unglaublicher Lapsus des BRB vom 11. Mai 2005 – nun auseinander setzt. Näheres über diesen für den Entwicklungsschritt 08/11 absolut entscheidenden Punkt ist aber auch Ende 2005 nicht bekannt. Wie soll man da Vertrauen fassen?

Als (indirekten) Pluspunkt werte ich, dass die Zusammenarbeit zwischen den militärischen Verbänden und Organisationen im Laufe der letzten Monate wesentlich enger geworden ist.

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)

Grossrat Daniel Heller, FDP AG

Die Anregungen und Stellungnahmen des Vereins Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (www.vsww.ch) haben sich an die Adresse der Politik gerichtet. Sie wiesen auf verschiedene politische und planerische Defizite im Bereiche der Weiterentwicklung von Sicherheitspolitik und Armee hin. Der VSW, erwartet, dass das Parlament im Rahmen einer sicherheitspolitischen Debatte verschiedene Problemfelder grundsätzlich anspricht und vom Bundesrat Verbesserungen in mehreren Bereichen einfordert.

Verbesserungen beim sicherheitspolitischen Diskurs

Es ist im Lande der direkten Demokratie und der Miliz eine staatspolitische Notwendigkeit, dass sich der Bundesrat periodisch sicherheitspolitisch erklärt. Der Bundesrat muss im Rahmen periodischer Überprüfungen überzeugend darlegen, wie er die Lage neu einschätzt, wie er seine im sicherheitspolitischen Bericht angelegten Strategien weiterentwickeln will und welche Massnahmen er darum vorschlägt. Die Kooperation zwischen Sicherheitsorganisationen im Inland ist ein zentrales Thema der nächsten Jahre.

Verbesserungen bei den Grundlagen der Armee

Das Konzept der Reduktion der Armee auf Verteidigungskompetenz muss sicherstellen, dass der Kern alle Grundfunktionen einer Streitkraft des 21. Jahrhunderts in beschränktem Umfang, aber in höchster Qualität, umfasst, mit dem Ziel, bei Bedarf auf diesen Fähigkeiten aufzubauen. Bei der Realisierung dieses Schrittes ist das Aufwuchskonzept von höchster sicherheitspolitischer Bedeutung. Es umfasst politische Entscheide in den Bereichen Organisation, Ausbildung und Ausrüstung.

Verbesserungen bei Rüstung und Finanzen

Die Sicherstellung der materiellen Bereitschaft der Armee von der Vorhabenplanung bis zum parlamentarischen Entscheid wird mit dem Konzept Verteidigungskompetenz noch entscheidender.

Aufgaben und Finanzen sind vom VBS zu verknüpfen – nur so lässt sich die Politik vermehrt auf eine Gewährleistung ausreichender Finanzen verpflichten.